

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Groitzsch behördlich bestimmte Blatt
Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volt und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.00 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleihgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — Postscheckkonto Leipzig Nr. 58477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Insetkartenpreise: Die 10 gepl. Kolonialzelle 35 Pf., bei Platzvorrichtung 40 Pf.
Stellenangebote 10 gepl. Kolonialzelle 25 Pf. Familiennotizen von Privaten
die 10 gepl. Kolonialzelle mit 50% Nachlass. Reklamezelle 2 Mt. Inserate v. ausw.
die 10 gepl. Kolonialzelle 40 Pf. bei Platzvorricht. 50 Pf. Reklamezelle 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Aussträger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Der National-völkische Block

Sein Aufbau, das Programm und die Organisationspläne
Von Dan bis Versba

+ Berlin, den 4. Januar 1928.

Auf den 22. Januar wurde die Gründungsversammlung für den neuen national-völkischen Block angelegt. Wie schon mitgeteilt, haben Dr. Claß und andere dieser neuen Blockbildung in der Rechtspresse ideologisch bereits vorgearbeitet. Als Grundlage für die Verhandlungen auf der Gründungsversammlung wurde eine fünfsitzige Denkschrift ausgearbeitet, der wie nachstehend die wichtigsten Gesichtspunkte entnommen. Sie gibt zunächst eine Darstellung über „die äußere Entwicklung“, die zu dem neuen Projekt führte, und obwohl die Denkschrift ihre Urheber nicht erkennen lässt, werden eingangs die drei Gruppen scharf umritzen, auf deren Teilnahme an der Gründungsversammlung gerechnet wird.

1. Solche, die den Bloßgedachten überhaupt ablehnen und ihn in ihrem Partiziparismus zugunsten ihrer eigenen, „kleinseligmachenden“ Organisation bekämpfen werden.

2. Solche, welche sich zwar nicht corporativ dem Block anschließen, die Einschlußkraft aufzuladen, aber mit einem größeren oder geringeren neutralen Wohlwollen ihren Mitgliedern die Wahl der Blocklinie neben den Wahlvorschlägen aller „nationalen“ Parteien freigeben wollen.

3. Solche, die sich den Bloßgedachten als den einzigen auslöschbaren Kampftruppe gegen das derzeitige Erfüllungs- und Erziehungswesen sowie gegen die Verherrlichung des deutschen Volkes durch den heutigen Parlamentarismus bewährt beteiligen.

Danach folgt eine Erläuterung über die Organisationen, die den einzelnen Gruppen zugerechnet werden, sowie über ihre Haltung zum Gedanken des „National-völkischen Blocks“. Unter die erste Gruppe fällt in der Hauptrichtung die NSDAP (Hitlerianer), die sich der Gründung bewußt entgegenstellen. Sie werden als „die beste Hilfsgruppe für die schwierigste Deutsch-nationale Deutsche Volkspartei“ bezeichnet, wofür der bekannte Redakteur Reventlow, der Reichstagsabgeordnete, in seiner Zeitschrift Reichswart „bereits einen schlagenden Beweis“ geliefert habe.

Zedenfalls wird von Dan bis Versba zwei Stämme des Antijudaismus. D. Red. will sagen, von den Deutschnationalen bis zu den Marxisten eitel Freude sein über diese nationalsozialistischen Diadochen, die sich ihnen als das nüchternste Instrument für die altbewährte jüdisch-selbstische Praxis des divide et impera so bereitwillig zur Verfügung stellen.“

Wir kondolieren den Herren Deutschnationalen zu ihrer „jüdisch-selbstischen Praxis“. Vor vier Jahren noch legierten sie mit vollem Winde im Kielwasser des Antisemitismus und heute werden die Judenfeinde in den Reihen der Deutschnationalen bereits mit den Marxisten in einen Topf geworfen.

Unter die zweite Gruppe fallen jene Verbände, die man nach der Denkschrift wie folgt charakterisieren darf. Sie vertreten den Standpunkt: „Ich möchte wohl, aber ich kann nicht!“ Das sind jene Organisationen, die sich zwar mit großen Worten gegen die „Märkten“ des Parlamentarismus, gegen die Erfüllungspolitik, den sogenannten Führerstaat, öffentlich gehörig entrückt, die aber nicht den Mut dazu haben, ihre Handlungen entsprechend einzustellen. Ihre „Überparteilichkeit“ reicht nicht dazu aus, den Bruch mit den bestehenden politischen Parteien zu prophezeien.

Zunächst wohl deshalb nicht, weil meine vermeintliche „Überparteilichkeit“ eine arge Selbsttäuschung war! Sie war ja gar nicht dem heutigen Parteiwesen gegenüber enthaltsam und leidenschaftlich, sie war vielmehr „poligam“. Sie war mit allen Parteien der sogenannten Rechten trotz deren Erfüllungspolitik jugend in Märkte verheiratet.“

Dieser Monolog wird den Führern der Wehrverbände, also dem Stahlhelm und anderen zugeschrieben. Diese leben im Sinne der Denkschrift und wohl auch nicht nur theoretisch polygam. Insbesondere der Stahlhelm ist mit allen Parteien, vom Zentrum bis zu den Hasenkreuzern, „in Märkte verheiratet“. Nach dieser Charakteristik folgt das eigentliche Kernproblem, nämlich die Furcht vor der Konkurrenz. Die einzelnen Verbände und Gruppen glauben, daß sie durch die „völkische Freiheitsbewegung“, also die Wulselnde, die die eigentlichen Urheber dieses Projektes sind, mißbraucht werden könnten. Das aber sei nicht zu befürchten, da die Idee des „National-völkischen Blocks“ von dem bekannten aldeutschen Finanzrat Dr. Lang „einen besonderen Impuls“ erfahren habe.

Danach folgt die dritte Gruppe. „Ihr Allesgrat müssen normalerweise die Wehrverbände und die bodenständigen Wirtschaftsorganisationen sein.“ Was unter den letzteren zu verstehen ist, geht aus der Denkschrift nicht hervor. Als gemeinschaftliche Merkmale dieser dritten Gruppe werden in besonderen Abschnitten der „Frontgeist“, der „soziale Geist der Volksgemeinschaft“ im Gegenzug sowohl zum volkszerstreuenden marxistischen Klassenkampfprinzip, wie zur überheblichen Annahme

der Herrschaft irgendeines Standes über die anderen“ festgelegt. Als dritter Faktor kommt der „Geist der Selbstbestimmung“ in Betracht, der Kampf gegen die Erfüllungspolitik und das Bestreben, „die gesamte Volkswirtschaft... auf die Ernährung aus dem deutschen Heimatboden“ zu begründen. „Darum Befreiung des deutschen Bauern aus der heutigen Frontnechtschaft für den unproduktiven Kapitalismus.“

Aus den bisherigen Vorbesprechungen habe sich die völlige Einmütigkeit über „folgende entscheidende Fragen“ herausgestellt, die darum als „Das gemeinsame Programm“ in Vorschlag kommen.

a) Kampf für die deutsche Freiheit — gegen die verschlavenende Erfüllungspolitik und die sich daraus ergebende Enteignung der deutschen Wirtschaft und die Vereindlung des ganzen deutschen Volkes.

b) Kampf gegen den undeutschen, leichten Endes, kapitalistischen Parlamentarismus und für eine deutsches Wesen in sozialem Geiste gerecht werdende Verfassung, aufgebaut auf den Selbstverwaltungs- und Wirtschaftskörpern.

c) Kampf gegen die Entzergung des deutschen Volkes durch die überstaatlichen Mächte und für die kulturelle Freiheit des reinen deutschen Geistes.

Das Entscheidende ist natürlich der Plan über „Die Organisation und Finanzierung der Wahl“. Wie selbstverständlich soll sofort ein „Ausschluß“ gegründet werden. In Berlin wird ein „einfaches Zentralbüro“ angestrebt, das an das Bureau eines der angegliederten Verbände angegliedert werden soll. Das Entscheidende ist natürlich die Verteilung der Wahlen. Unter diesen wiederum die Kandidaturen, über die bereits im voraus der folgende Plan aufgestellt worden ist.

Der Ausschuß verteilt für die Benennung der Spikenkandidaturen die sämtlichen Wahlkreise unter die angegliederten Verbände. Wo um solche Kandidatur Verbände stark konkurrieren, wird entweder ein Kandidat zu suchen sein, der für seine Person beiden Verbänden angehört oder, wo das nicht möglich ist, wird ein Ausgleich in einem anderen Wahlkreis gefunden werden müssen. Da es bei dem ganzen Wesen des an sich antiparlamentarischen Bloßes keinem der angegliederten Verbände in erster Linie darum ankommt, ob er ein oder zwei Mandate mehr für sich heraushandelt, sondern darauf, daß Persönlichkeiten in den Reichstag kommen, die das Vertrauen aller Verbände besitzen, wird diese Einigung viel leichter erreichen sein, als im Jahre 1924 zwischen der deutschvölkischen Freiheitsbewegung und der NSDAP.

Ebenso werden die Plätze der Reichstagsliste durch den Ausschuß verteilt.“

Und das ist wohl das Entscheidende. Die „Antiparlamentarier“ des neuen Bloßes haben den sehnlichsten Wunsch, als

Parlementarier in den neuen Reichstag einzuziehen, und selbstverständlich gelten nur jene als „Persönlichkeiten“, die antiparlamentarisch tun, denen aber ein Sitzen im Parlament das A und O ihres gesamten Lebens ist. In einem weiteren Absatz wird dann festgelegt, daß sich nach Festlegung der Spikenkandidaturen die Vertreter der Verbände in den Wahlkreisen einigen, das heißt also im völkischen Sinne abstimmen dürfen, denn auf mehr als einen Kandidaten pro Kreis könnte selbst nach den geschwältesten Hoffnungen der neuen Bloßorganisatoren nicht gerechnet werden. Zum Schluss folgen die Vorschläge über die Finanzierung des Ganzen, und das ist die Hauptrichtung bei dem ganzen Werk, denn die Deutschvölkischen führen, trotz der Offizierspensteine ihrer Führer, finanziell restlos auf dem Trockenen.

Noch bevor der Bloß überhaupt gegründet wurde, hat man auch die gemeinsame Arbeit im Reichstag festgelegt. Der „National-völkische Bloß“ gilt nur für die Verfolgung der oben wiedergegebenen drei programmativen Punkte. In allen übrigen Fragen handeln die Vertreter der einzelnen Organisationen im „National-völkischen Bloß“ nach den Direktiven ihrer Verbände. Darum erwägt man die Form einer neuen Wirtschaftspartei. Wenn drei Mann zusammenstimmen, dann kommen dort bestimmt vier verschiedene Meinungen heraus. Und das ist der Jungbrunnen im Kampfe gegen die Parteiherrschaft derer von „Dan bis Versba“, von den Deutschnationalen bis zu den Marxisten.

Eine offizielle Beteiligung der rechten Deutschnationalen Flügelgruppe ist nach der Denkschrift nicht vorgesehen. Trotzdem werden die Unternehmenspolitiker, die Stresemannträger der Deutschnationalen Fraktion vertreten sein. Freilich nicht als Deutschnationale, wohl aber als Mitglieder des Stahlhelms, als Wehrwölfe, Wiltingleute, Wotansanbeter und dergleichen.

Räumung der zweiten Rheinlandzone am 9. Dezember 1928?

TU Berlin, 4. Januar

Der Berliner Mittag meldet: Die deutsche Reichskommission für die besetzten Gebiete hat die Absicht, die interalliierte Rheinlandkommission darauf hinzuweisen, daß mit dem Jahre 1928 der Zeitpunkt für die vertragliche Räumung der zweiten Rheinlandzone gekommen sei. Die Nordzone mußte gemäß Artikel 420 des Versailler Vertrages am 10. Januar 1925, also genau 5 Jahre nach dem Inkrafttreten des Vertrages, geräumt werden. Die tatsächliche Räumung erfolgte jedoch erst am 31. Januar 1926. Nach Auffassung der örtlichen Instanzen des Rheinlandes, der sich der Reichskommissar anzuschließen scheint, hat Deutschland also einen Rechtsanspruch darauf, daß die entgegen den Bestimmungen des Vertrages erfolgte Überzeit von einem Jahr und 21 Tagen auf die Zeit der Besetzung der zweiten Zone in Unrechtmäßigkeit gebracht wird und demgemäß also die Räumung der zweiten Zone anstatt am 10. Januar 1925 am 9. Dezember 1928 zu erfolgen hätte. Zur Stunde läuft sich noch nicht überschauen, wie weit die zuständigen Stellen des auswärtigen Amtes in der Lage sind, sich dieser im Rheinland herrschenden Auffassung anzuschließen.

Westarps Inventurausverkauf



„Und hier noch ein Repposten Kronendamast, fabrikhaft billig, wegen gänzlicher Aufgabe des Artikels!“